

## GROSSER RAT

Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und  
Raumordnung (UBV)

26.36  
(21.161)

24. Februar 2026

### BERICHT UND ANTRAG DER KOMMISSION FÜR UMWELT, BAU, VERKEHR, ENERGIE UND RAUMORDNUNG (UBV) VOM 24. FEBRUAR 2026

#### Parlamentarische Initiative betreffend Eigenstromerzeugung bei Neubauten und Erweiterungen

---

##### 1. Ausgangslage

Die parlamentarische Initiative 21.161 betreffend Eigenstromerzeugung bei Neubauten und Erweiterungen wurde am 15. Juni 2021 eingereicht. Am 31. August 2021 sprach sich der Grosse Rat für die vorläufige Unterstützung aus und überwies das Geschäft an die Kommission Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung (UBV). Diese beriet an ihren Sitzungen vom 10. Dezember 2021 und 17. Januar 2022 über das weitere Vorgehen und beschloss, die Initiative zu sistieren, bis über den Zusatzkredit für das Förderprogramm Energie 2021-2024 und die Revision des kantonalen Energiegesetzes (EnergieG) entschieden wurde.

Die Beratung der parlamentarischen Initiative wurde in der Kommission UBV im Rahmen der Überarbeitung der energieAARGAU 2025 (25.325) wieder aufgenommen. An ihrer Sitzung vom 24. Februar 2026 hob die Kommission UBV die Sistierung auf, beriet über das Anliegen der parlamentarischen Initiative und fasste Beschluss. Entsprechend erstattet die Kommission UBV dem Grossen Rat nachfolgend Bericht und stellt Antrag.

##### 2. Beratung und Beschluss der Kommission UBV

In einem Factsheet der Abteilung Energie des Departements Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) wurden der Kommission der Stand beim Energiegesetz, die Entwicklung beim Zubau der Solarenergie und die verschiedenen Regelungen betreffend Eigenstromerzeugung dargelegt (vgl. Beilage). Darin wird festgehalten, dass der bisherige Ausbau der Photovoltaik nicht ausreicht, um die Zielvorgaben im Jahr 2030 gemäss Energieverordnung zu erreichen.

Die parlamentarische Initiative 21.161 (vgl. Beilage) verlangt eine Ergänzung des kantonalen Energiegesetzes, wonach bei Neubauten und Erweiterungen ein Teil der benötigten elektrischen Energie selbst produziert werden muss. Der Initiativtext entspricht einer in der Teilrevision des EnergieG (19.333) vorgesehenen und vom Grossen Rat beschlossenen Bestimmung, welche die Umsetzung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) von 2014 vorsah. Das Aargauer Stimmvolk lehnte die Teilrevision des EnergieG im Herbst 2020 ab. Eine überarbeitete Revision des kantonalen Energiegesetzes wurde – ohne die betreffende Bestimmung für eine Umsetzung der MuKE 2014 – per 1. April 2025 in Kraft gesetzt. Mittlerweile bestehen bundesrechtliche Vorgaben betreffend die Pflicht zur Nutzung der Sonnenenergie bei Neubauten mit einer anrechenbaren Gebäudedeckfläche von mehr als 300 m<sup>2</sup> gemäss Artikel 45a des Energiegesetzes (EnG). Deren Umsetzung erfolgte im Kanton Aargau mit der Einführung des § 26a der Energieverordnung per 1. Januar 2023.

In der Diskussion sprach sich eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder gegen die parlamentarische Initiative aus, die eine teilweise Verschärfung der aktuell gültigen bundesrechtlichen Regelung zur Folge hätte. Ebenso lehnte eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder eine weitergehende Regelung, wie sie in verschiedenen Kantonen aufgrund der MuKE 2025 für Neu- und Bestandesbauten diskutiert wird, ab. Ein entsprechender Antrag, den bestehenden Initiativtext zu aktualisieren und gemäss den MuKE 2025 anzupassen, wurde in der Kommission UBV mit 9 zu 6 Stimmen abgelehnt.

### **3. Antrag der Kommission UBV**

An ihrer Sitzung vom 24. Februar 2026 hat die Kommission UBV mit 9 zu 6 Stimmen beschlossen, der parlamentarischen Initiative 21.161 betreffend Eigenstromerzeugung bei Neubauten und Erweiterungen keine Folge zu leisten und den Vorstoss abzuschreiben. Die Kommission UBV empfiehlt dem Grossen Rat die parlamentarische Initiative gestützt auf § 78 Abs. 4 des Dekrets über die Geschäftsführung des Grossen Rates (Geschäftsordnung, GO) zur Ablehnung.

#### **Antrag**

Die parlamentarische Initiative Jonas Fricker, Grüne, Baden (Sprecher), Gian von Planta, GLP, Baden, Ralf Bucher, Mitte, Mühlau, Martin Brügger, SP, Brugg, und Uriel Seibert, EVP, Schöftland, vom 15. Juni 2021 betreffend Eigenstromerzeugung bei Neubauten und Erweiterungen (21.161) wird abgelehnt.

Jonas Fricker  
Kommissionspräsident

#### **Beilagen**

- Factsheet BVU 'Parlamentarische Initiative betreffend Eigenstromerzeugung bei Neubauten und Erweiterungen (GR 21.161)' vom 9. Februar 2026
- Parlamentarische Initiative Jonas Fricker, Grüne, Baden (Sprecher), Gian von Planta, GLP, Baden, Ralf Bucher, Mitte, Mühlau, Martin Brügger, SP, Brugg, und Uriel Seibert, EVP, Schöftland, vom 15. Juni 2021 betreffend Eigenstromerzeugung bei Neubauten und Erweiterungen